



Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

z.H. Frank Lipschik

Schillerstraße 44

99096 Erfurt

zum 8. Mai 2025

Zum Tag der Befreiung vor 80 Jahren, hier: **8. Mai 2025 und Gedenken an Deserteure der Wehrmacht** und andere Opfer der NS-Militärjustiz

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Lipschik,

für die Einladung, Ihnen/Euch ein Grußwort unserer Bundesvereinigung zu übermitteln, danken wir herzlich. Wir freuen uns sehr, dass in Erfurt ein breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte den Tag der Befreiung vom Faschismus vor 80 Jahren zum Anlass nimmt, insbesondere der Opfer der Wehrmachtjustiz zu gedenken. Uns ist bekannt, dass der authentische Ort, der seit 1995 auf dem Erfurter Petersberg für die Opfer der NS-Militärjustiz künstlerisch herausragend eingerichtet worden ist, eigentlich am 8. Mai vor 30 Jahren fertig gestellt sein sollte. Dass es damals einige politische Auseinandersetzungen mehr als erwartet und etliche Monate länger dauerte, bis er dann zum Antikriegstag, am 1. September 1995, eingeweiht werden konnte, ist auch aus heutiger Warte noch ein erinnernder Vorgang: Obwohl gewissensbedingte, zivile Widerständigkeit innerhalb der Wehrmacht in der Endphase des Zweiten Weltkriegs viele Menschenleben gerettet und vor ganz viel Zerstörung von Gebäuden und wertvollen Gütern bewahrt hat, galten deren Akteure in Deutschland noch lange Zeit als Straftäter - verurteilt von einer Wehrmachtjustiz, die sich vor allem dem NS-Regime verpflichtet sah und zum Erfüllungsgehilfen fanatischer Nazis geworden war.

In sechs Kriegsjahren sprach die Wehrmachtjustiz über 30.000 Todesurteile, von denen mehr als 23.000 meist unverzüglich vollstreckt wurden. Während rund 3.000 Wehrmachtjuristen ihre Militärdienstzeit nicht nur weithin unbeschadet überlebt, sondern ihre darin erworbenen Pensionsansprüche meist nach dem Krieg in neuer Anschlussverwendung erhöhen konnten, galten die Opfer der NS-Militärjustiz, soweit sie ihre Verfolgung und Verurteilung überhaupt überlebt hatten, noch bis Mitte der 80er/Anfang der 90er Jahre weithin als verurteilt. Erst friedensbewegte Fragen, wie es um die Anerkennung der Widerständigkeit derjenigen bestellt sei, die sich dem Angriffs- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht verweigert hatten, führten zögerlich eine Neubewertung herbei. Der Kampf um gesellschaftliche Anerkennung bewirkte 1998 das NS-Unrechtsaufhebungsgesetz in der Strafrechtspflege. Die Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure wurde jedoch erst mit einer Gesetzes-Novellierung 2002 erreicht. Bis endlich sogenannte Kriegsverräter mit einer zweiten Gesetzesnovelle rehabilitiert wurden, sollte es weitere 7 Jahre dauern, bis 2009.

Die pauschale politische und gesetzliche Anerkennung als NS-Opfer war immerhin erreicht worden. Mit den für erlittenes Unrecht damals erstrittenen kargen „Härteleistungen“, die gegen peinliche Nachweise in Einzelfällen nach dem Kriegsfolgengesetz gewährt wurden, blieben diese NS-Opfer jedoch bis heute von den üblichen Leistungen für Verfolgte nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ausgegrenzt. Bei allem Erfolg über die erreichte Anerkennung und Rehabilitierung aller NS-Opfer mit ‚zweiter Verfolgung‘ bleibt dieser Mangel an Entschädigung kritisch zu bilanzieren.

Ohne das Engagement Ludwig Baumanns, Initiator und langjähriger Vorsitzender unserer Bundesvereinigung, wären gesetzliche Anerkennung und Rehabilitierung kaum zustande gekommen. Ludwig hat sich damals auch engagiert in die Diskussion um das Erfurter Deserteur-Denkmal eingebracht. Wir erinnern uns, dass er stets sehr gern nach Erfurt gereist ist. Seinen späteren Eintrag ins goldene Buch der Stadt Erfurt hat er 2010 als bedeutende Würdigung seines Engagements empfunden. Sehr gefreut hat ihn 2016 die Gratulation zu seinem 95. Geburtstag, die Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow ihm übermittelte. Noch im 96. Lebensjahr nahm Ludwig Baumann aktiv am politischen Geschehen teil. Deshalb sei hier und heute sein Schlusssatz zitiert, mit der er seine Stellungnahme zum **70. Jahrestag der Befreiung 2015** schloss: „*Wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht, belastet mit dem deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg mit mehr als 50 Millionen Toten, sind aufgerufen zu gewaltfreiem Handeln – sich einzusetzen für Gerechtigkeit, das Leben und den Frieden.*“

Stand: 29.4.2025 Günter Knebel

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg † /
Vorsitzender: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Beisitzer:
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.